



Ausgabe 43 | Oktober 2020

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Pflegegelder aus öffentlichen Mitteln für die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher können steuerfreie Beihilfen sein
- > Die Besteuerung der privaten Nutzung eines betrieblichen Kfz rechtfertigt keine Minderung des Gewinns aus der Veräußerung des Fahrzeugs
- > Keine Übertragung des dem anderen Elternteil zustehenden BEA-Freibetrages nach Volljährigkeit des Kindes; Änderungsmöglichkeit des FA bei falscher Rechtsauffassung im amtlich vorgesehenen Steuererklärungsformular
- > Zur Berücksichtigung von beschränkt abziehbaren Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer bei der Ermittlung des Aufgabegewinns
- > Keine Übertragung des dem anderen Elternteil zustehenden BEA-Freibetrages nach Volljährigkeit des Kindes
- > Kindergeldanspruch im Rahmen eines Freiwilligendienstes ?Erasmus+?
- > Bindungswirkung eines rechtskräftigen Urteils zur Schenkungsteuer
- > Urenkel sind keine Enkel - auch nicht in der Schenkungsteuer
- > Unionsrechtmäßigkeit der Fondsbesteuerung nach dem InvStG 2004
- > Abzug "finaler" Verluste einer Freistellungsbetriebsstätte aufgrund Unionsrechts

- › Einheitsbewertung von Grundstücken im Beitrittsgebiet
- › Steuerschuld des Leistungsempfängers bei Organschaft
- › Haftung bei Forderungsabtretung

Finanzgerichte

- › Liposuktion bei Lipödem ? Sächsisches Finanzgericht erleichtert den Abzug außergewöhnlicher Belastungen
- › Gewinn aus der Veräußerung von Managementbeteiligungen als Arbeitslohn - Mitarbeiterbeteiligungsprogramm
- › Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlags für den Veranlagungszeitraum 2020

› Recht

Arbeit und Soziales

- › Vorausabtretung der Insolvenzverwaltervergütung einer angestellten Rechtsanwältin an die Arbeitgeberkanzlei
- › Künstlersozialabgabe steigt im kommenden Jahr leicht auf 4,4 Prozent
- › Rentenversicherungspflicht für Transportfahrer

Zivilrecht

- › Erneut Klage gegen Betriebsschließungsversicherung weitgehend erfolgreich
- › Anfechtbarkeit von Zahlungen aufgrund bereits bekannter Zahlungsunfähigkeit

Sonstiges Recht

- › Startschuss: Onlineportal zur Überbrückungshilfe II für KMU ist freigeschaltet

› Wirtschaft

Personal

- › BFH Entscheidung zur Bewertung von Pensionsrückstellungen bei Entgeltumwandlung von Alleingesellschafter-Geschäftsführern, Freibetrag für Renten der bAV in der GKV u.a.

Steuern

Bundesfinanzhof

Pflegegeelder aus öffentlichen Mitteln für die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung

verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher können steuerfreie Beihilfen sein

Bundesfinanzhof, VIII-R-27/18, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Pflegegeld, das aus öffentlichen Mitteln der Jugendhilfe für eine intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung verhaltensauffälliger Kinder bzw. Jugendlicher erbracht wird, kann beim Betreuer gem. § 3 Nr. 11 EStG zu steuerfreien Bezügen führen, wenn jeweils nur ein Kind bzw. ein Jugendlicher zeitlich unbefristet in den Haushalt des Betreuers aufgenommen und dort umfassend betreut wird. Das hat der BFH unter Hinweis auf die Vergleichbarkeit mit den Fällen einer Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII entschieden.

› **mehr in LEXinform 0457424 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Die Besteuerung der privaten Nutzung eines betrieblichen Kfz rechtfertigt keine Minderung des Gewinns aus der Veräußerung des Fahrzeugs

Bundesfinanzhof, VIII-R-9/18, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Wird ein zum Betriebsvermögen gehörendes, teilweise privat genutztes Kfz veräußert, erhöht der gesamte Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und Veräußerungserlös den Gewinn. Der Umstand, dass die tatsächlich für das Fahrzeug in Anspruch genommene AfA infolge der Besteuerung der Nutzungsentnahme für die Privatnutzung bei wirtschaftlicher Betrachtung teilweise neutralisiert wird, rechtfertigt keine Gewinnkorrektur. Dies hat der BFH entschieden.

› **mehr in LEXinform 0457425 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Keine Übertragung des dem anderen Elternteil zustehenden BEA-Freibetrages nach Volljährigkeit des Kindes; Änderungsmöglichkeit des FA bei falscher Rechtsauffassung im amtlich vorgesehenen Steuererklärungsformular

Bundesfinanzhof, III-R-25/19, Urteil vom 22.04.2020

1. Für ein über 18 Jahre altes Kind ist eine Übertragung des dem anderen Elternteil zustehenden einfachen BEA-Freibetrages nach dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes nicht vorgesehen.
2. Eine Änderung des bestandskräftigen Einkommensteuerbescheids nach § 174 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 AO ist nur möglich, wenn der Steuerpflichtige selbst (allein oder überwiegend) die fehlerhafte Berücksichtigung verursacht hat. Ist hingegen die im amtlichen Steuererklärungsvordruck niedergelegte fehlerhafte Rechtsauffassung der Finanzverwaltung die entscheidende Ursache für die unvereinbare mehrfache Berücksichtigung eines Sachverhalts, ist eine Änderung ausgeschlossen.

› **mehr in LEXinform 0952252 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Zur Berücksichtigung von beschränkt abziehbaren Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer bei der Ermittlung des Aufgabegewinns

Bundesfinanzhof, VIII-R-15/17, Urteil vom 16.06.2020

1. Für die Berechnung des Gewinns aus der Aufgabe einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 18 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 16 Abs. 2 EStG ist der sich nach Abzug der AfA gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 EStG ergebende Buchwert des häuslichen Arbeitszimmers auch dann maßgeblich, wenn die Abziehbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer während der Ausübung der freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b EStG der Höhe nach beschränkt war. Eine Gewinnkorrektur im Hinblick auf den nicht abzugsfähigen Teil der AfA kommt nicht in Betracht....

➤ **mehr in LEXinform 0951560 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Keine Übertragung des dem anderen Elternteil zustehenden BEA-Freibetrages nach Volljährigkeit des Kindes

Bundesfinanzhof, III-R-61/18, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Der BFH hat entschieden, dass für ein über 18 Jahre altes Kind eine Übertragung des dem anderen Elternteil zustehenden einfachen Freibetrags für den Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf (BEA-Freibetrag) nicht möglich ist.

➤ **mehr in LEXinform 0457427 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Kindergeldanspruch im Rahmen eines Freiwilligendienstes ?Erasmus+?

Bundesfinanzhof, III-R-51/19, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Der BFH hat entschieden, dass Eltern für ein Kind, welches an einen Freiwilligendienst im Rahmen des Europäischen Programms Erasmus+ teilnimmt, nur dann Kindergeld erhalten, wenn der Dienst im Rahmen eines von einer Nationalen Agentur genehmigten Projekts durchgeführt wird.

➤ **mehr in LEXinform 0457426 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Bindungswirkung eines rechtskräftigen Urteils zur Schenkungsteuer

Bundesfinanzhof, II-R-32/17, Urteil vom 19.02.2020

1. Hat das FG in einem rechtskräftigen Urteil einen Schenkungsteuerbescheid mit der Begründung aufgehoben, der vom Finanzamt besteuerte Erwerb sei weder für den im Bescheid genannten Zeitpunkt noch für einen späteren Zeitpunkt

feststellbar, steht die Rechtskraft des Urteils einer erneuten Besteuerung dieses Erwerbs entgegen.

2. Eine nach dem FG-Urteil von den Beteiligten des Erwerbsvorgangs erstellte schriftliche Bestätigung des Erwerbs für den im aufgehobenen Bescheid genannten Zeitpunkt rechtfertigt nicht den Erlass eines neuen Steuerbescheids.

➤ **mehr in LEXinform 0951433 | Erbschaft-/Schenkungssteuer**



Urenkel sind keine Enkel - auch nicht in der Schenkungssteuer

Bundesfinanzhof, II-B-39/20-AdV, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Urenkeln steht für eine Schenkung jedenfalls dann lediglich der Freibetrag in Höhe von 100.000 € zu, wenn Eltern und Großeltern noch nicht verstorben sind. Das hat der BFH in einem Eilverfahren entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0457428 | Erbschaft-/Schenkungssteuer**



Unionsrechtmäßigkeit der Fondsbesteuerung nach dem InvStG 2004

Bundesfinanzhof, I-R-33/17, Beschluss vom 18.12.2019

Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird folgende Rechtsfrage zur Vorabentscheidung vorgelegt:

Steht Art. 56 EG (jetzt: Art. 63 AEUV) der Regelung eines Mitgliedstaats entgegen, der zufolge inländische Spezial-Immobilienfonds mit ausschließlich ausländischen Anlegern von der Körperschaftsteuer befreit sind, während ausländische Spezial-Immobilienfonds mit ausschließlich ausländischen Anlegern hinsichtlich ihrer im Inland erzielten Vermietungseinkünfte der beschränkten Körperschaftsteuerpflicht unterliegen?

➤ **mehr in LEXinform 5023307 | Körperschaftsteuer**



Abzug "finaler" Verluste einer Freistellungsbetriebsstätte aufgrund Unionsrechts

Bundesfinanzhof, I-R-32/18, Beschluss vom 06.11.2019

Der BFH hat dem EuGH Rechtsfragen zur Vorabentscheidung bzgl. des Abzugs "finaler" Verluste einer Freistellungsbetriebsstätte aufgrund Unionsrechts vorgelegt.

➤ **mehr in LEXinform 5023308 | Körperschaftsteuer**



Einheitsbewertung von Grundstücken im Beitrittsgebiet

Bundesfinanzhof, II-R-38/18, Urteil vom 27.05.2020

1. Die Regelungen zur Einheitsbewertung von Grundstücken im Beitrittsgebiet sind für ihre restliche Laufzeit verfassungsrechtlich hinzunehmen.
2. Mit dieser Maßgabe stellen die gleichlautenden Ländererlasse betreffend die Bewertung von Grundstücken im Beitrittsgebiet zulässige, typisierte Schätzungen des gemeinen Werts dar.
3. Die Ertragsarmut eines Bewertungsobjekts kann nicht im Rahmen des Sachwertverfahrens zur Einheitswertermittlung berücksichtigt werden.

› **mehr in LEXinform 0952063 | Bewertung**



Steuerschuld des Leistungsempfängers bei Organschaft

Bundesfinanzhof, V-R-32/19, Urteil vom 23.07.2020

Bei einer Organschaft bezieht der Organträger die Eingangsleistung, so dass es für § 13b Abs. 5 Satz 2 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 UStG auf die Außenumsätze des Organkreises ankommt.

› **mehr in LEXinform 0952619 | Umsatzsteuer**



Haftung bei Forderungsabtretung

Bundesfinanzhof, V-R-44/19, Urteil vom 23.07.2020

Die Eintragung eines Umsatzsteueranspruchs zur Insolvenztabelle (§ 178 Abs. 3 InsO) bewirkt auch unter Berücksichtigung von § 41 Abs. 1 InsO keine Fälligkeit zu Lasten des Zessionars bei der Haftung nach § 13c UStG.

› **mehr in LEXinform 0952624 | Umsatzsteuer**



Finanzgerichte

Liposuktion bei Lipödem ? Sächsisches Finanzgericht erleichtert den Abzug außergewöhnlicher Belastungen

Sächsisches Finanzgericht, 3-K-1498/18, Pressemitteilung vom 21.10.2020

Das FG Sachsen hat über den Abzug von Kosten einer Liposuktion (Fettabsaugung) bei einer Lipödemerkrankung als außergewöhnliche Belastung entschieden. Diese Kosten können als außergewöhnliche Belastungen anerkannt werden, wenn eine ärztliche Verordnung vorliegt. Ein vorheriges amtsärztliches Gutachten ist ? abweichend von der bisherigen finanzgerichtlichen Rechtsprechung ? nicht mehr erforderlich.

› **mehr in LEXinform 0457429 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Gewinn aus der Veräußerung von Managementbeteiligungen als Arbeitslohn - Mitarbeiterbeteiligungsprogramm

Finanzgericht Düsseldorf, 9-K-1136/17-L, Urteil vom 31.10.2019

1. Der Gewinn aus der Veräußerung von Kommanditanteilen an einer Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaft (sog. Managementbeteiligung) ist kein als Arbeitslohn zu qualifizierender geldwerter Vorteil, wenn der Arbeitnehmer die Anteile zu marktüblichen Konditionen erworben und weiterveräußert hat.
2. Die bei Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen üblichen und dem Schutz vor Überfremdung dienenden Verfügungsbeschränkungen stehen der wirtschaftlichen Inhaberschaft an den Kommanditanteilen als Grundlage einer vom Arbeitsverhältnis unabhängigen Erwerbsgrundlage nicht entgegen.

➤ **mehr in LEXinform 5023297 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlags für den Veranlagungszeitraum 2020

Finanzgericht Nürnberg, 3-V-452/20, Beschluss vom 16.09.2020

- (1) Das öffentliche Interesse an einer geordneten Haushaltsführung sowie an dem Vollzug eines ordnungsgemäß zustande gekommenen Gesetzes überwiegt im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes das Interesse der Antragsteller, den Solidaritätszuschlag vorläufig nicht entrichten zu müssen.
- (2) Der Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer im Sinne des Art. 106 Abs. 1 Nr. 6 GG findet auch für den Veranlagungszeitraum 2020 eine ausreichende verfassungsrechtliche Grundlage, denn dieser hat auch nicht "automatisch" mit Auslaufen des Solidarpakts II (und der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs) seine Rechtfertigung verloren.

➤ **mehr in LEXinform 5023300 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Recht

Arbeit und Soziales

Vorausabtretung der Insolvenzverwaltervergütung einer angestellten Rechtsanwältin an die Arbeitgeberkanzlei

Bundesarbeitsgericht, 6-AZR-566/18, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Eine vertragliche Abrede über die Vorausabtretung der Insolvenzverwaltervergütung angestellter Rechtsanwälte an ihre Arbeitgeberkanzlei ist mit den Grundsätzen der Insolvenzverwaltervergütung und der persönlichen Stellung des Insolvenzverwalters vereinbar. So das BAG.

➤ **mehr in LEXinform 0457435 | Arbeitsrecht**



Künstlersozialabgabe steigt im kommenden Jahr leicht auf 4,4 Prozent

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Pressemitteilung vom 20.10.2020

Der Abgabesatz zur Künstlersozialversicherung wird im Jahr 2021 4,4 Prozent betragen. Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Hintergrunds gerade für die Kultur- und Kreativbranche durch die Corona-Pandemie muss der Abgabesatz von derzeit 4,2 Prozent nur geringfügig angehoben werden. Zum Entwurf der Künstlersozialabgabe-Verordnung 2021 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 20.10.2020 die Ressort- und Verbändebeteiligung eingeleitet.

➤ **mehr in LEXinform 0457416 | Sozialrecht**



Rentenversicherungspflicht für Transportfahrer

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, L-8-BA-78/18, Pressemitteilung vom 21.10.2020

Wer ohne eigenes Fahrzeug Transportfahrten für ein Transportunternehmen erbringt, ist grundsätzlich abhängig beschäftigt und nicht selbständig tätig. Dies hat das LSG Nordrhein-Westfalen entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0457421 | Sozialrecht**



Zivilrecht

Erneut Klage gegen Betriebsschließungsversicherung weitgehend erfolgreich

Landgericht München I, 12-O-5868/20, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Das LG München I hat einer weiteren Klage auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 427.169,86 Euro aufgrund der coronabedingten Betriebsschließung gegen eine Versicherung weitgehend stattgegeben. Geklagt hatte die Betreiberin eines Gasthauses in München.

➤ **mehr in LEXinform 0457433 | Versicherungsrecht**



Anfechtbarkeit von Zahlungen aufgrund bereits bekannter Zahlungsunfähigkeit

Deubner Verlag, Anmerkung vom 20.10.2020

Zahlungen, die trotz bekannter Zahlungsunfähigkeit des Schuldners von Gläubigern angenommen werden, können später vom Insolvenzverwalter vor der Stellung des Insolvenzantrags zurückgefordert werden.

➤ **mehr in LEXinform 0653780 |
Zivilverfahrens-/Insolvenzrecht**



Sonstiges Recht

Startschuss: Onlineportal zur Überbrückungshilfe II für KMU ist freigeschaltet

Deutscher Steuerberaterverband e. V., Mitteilung vom 20.10.2020

Unter dem bundeseinheitlichen Portal www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de können kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sowie Soloselbständige und Freiberufler, die durch die staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung besonders stark von Umsatzeinbußen betroffen sind, ab sofort weitere Überbrückungshilfen beantragen. Der DStV ruft alle Berufsangehörigen dazu auf, den hilfeschuchenden Unternehmen weiterhin als Unterstützer im Antragsverfahren zur Seite zu stehen.

➤ **mehr in LEXinform 0457431 | Sonstiges Recht**



Wirtschaft

Personal

BFH Entscheidung zur Bewertung von Pensionsrückstellungen bei Entgeltumwandlung von Alleingesellschafter-Geschäftsführern, Freibetrag für Renten der bAV in der GKV u.a.

DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 22.10.2020

Compertis, unser Partner für versicherungsmathematische Bewertungen/ Pensionszusagen hat die aktuelle Rechtsprechung zum Thema bAV interpretiert. Durch das Urteil hat der BFH nun die in der Literatur umstrittene Frage entschieden, ob die Bewertung einer Pensionsrückstellung bei einer Entgeltumwandlung eines Alleingesellschafter-Geschäftsführers mit dem Mindestbarwert nach § 6a Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 Satz 1 Halbsatz 2 EStG erfolgen darf.

➤ **mehr in LEXinform 2094297**



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform.
Produktinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "[LEXinform aktuell \(E-Paper\)](#)" oder "[LEXinform aktuell \(Print\)](#)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie [hier](#).

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos [bestellen](#).

Hier können Sie den Newsletter [abbestellen](#) oder [Ihre persönlichen Daten ändern](#).

Verantwortlich: Björn Boder [Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG
90329 Nürnberg
Telefon: +49 911 319-0
E-Mail: info@datev.de
Internet: www.datev.de
Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14
Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70
USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)
Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)
Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug
Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann